

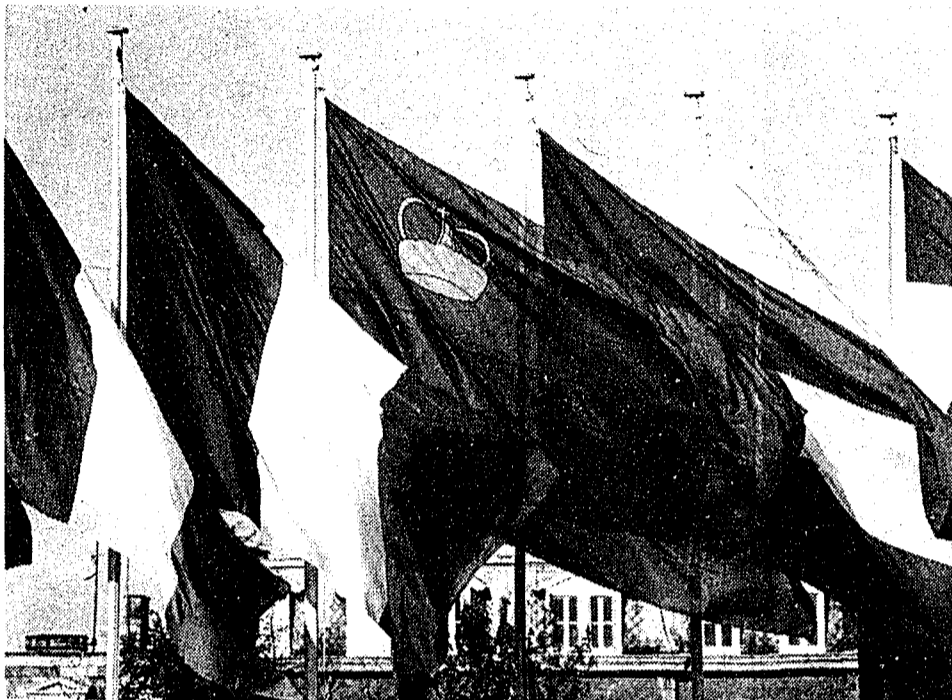
# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Heute vor 10 Jahren: Liechtenstein Europarat-Mitglied

Hinterlegung der Beitrittsurkunde als 21. Mitglied des Europarates am 23. November 1978 – Zustimmung des Landtags am 15. November 1978

Heute vor zehn Jahren, am 23. November 1978, wurde das Fürstentum Liechtenstein offiziell Vollmitglied des Europarates, nachdem seit 1971 Vertreter des Landtags als ad-hoc-Beobachter an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung teilnehmen konnten und das Land 1974 den offiziellen Beobachter-Status erhalten hatte. Die Aufnahme in den Europarat war damals von grosser Befriedigung und auch Freude gekennzeichnet, wenn man sich an die Worte erinnert, die der Leiter der liechtensteinischen Beobachter-Delegation, Dr. Gerard Batliner, nach der Aufnahmebotschaft und der positiven Entscheidung zugunsten Liechtensteins aussprach: «Mir fehlen die Worte in diesem für uns alle hier aus Liechtenstein selbst erregenden Augenblick. Wir werden mit ihnen zusammen im Europarat für ein gemeinsames Europa arbeiten.»



Heute vor zehn Jahren, am 23. November 1978, wurde in Strassburg die Beitrittsurkunde hinterlegt. Seit diesem Datum ist Liechtenstein Vollmitglied des Europarates und seither weht auch die Fahne des Fürstentums Liechtenstein vor dem Hauptsitz des Europarates in Strassburg. (Archivbild)

Ein Rückblick auf die letzten zehn Jahre lässt eine erhebliche aussenpolitische Aktivität unseres Landes erkennen, deren Grundlagen durch behutsames Vortreten schon Jahre vorher geschaffen wurden. Die Aufnahme in den Europarat setzte einen wesentlichen Akzent in den Bemühungen, die schon in den sechziger Jahren begannen, unser Land verstärkt als gleichberechtigten Partner an den aussenpolitischen Geschehnissen teilhaben zu lassen. Ungeachtet seiner geringen Grösse hat Liechtenstein durch die Bemühungen einzelner weitblickender Politiker, an vorderster Front Dr. Gerard Batliner, die Möglichkeit erhalten, im Konzert grösserer Staaten seine Stimme gleichberechtigt zu erheben.

### Festigung der Souveränität

In einem Bericht an den Landtag führte der damalige Regierungschef Dr. Walter Kieber aus, die politische Bedeutung einer Vollmitgliedschaft Liechtensteins beim Europarat liege vor allem in einer weiteren souveränitätspolitischen Festigung der internationalen Stellung Liechtensteins, die dem Land einen Status vermittele, der ihm «Sitz und Stimme in einer bedeutenden europäischen Staatenorganisation» verleihe. Prinz Nikolaus, Ständiger Vertreter unseres Landes beim Europarat in Strassburg, spricht in einer Würdigung der Europarat-Mitgliedschaft gar von einer «qualifizierten Anerkennung seiner Souveränität» durch die europäischen Staaten: «Der Beitritt bedeutete nicht nur eine Bestätigung der Souveränität durch die anderen Mitgliedstaaten und die Organisation, sondern gleichzeitig wird ein Zeugnis für deren rechtsstaatlichen und demokratischen Charakter ausgestellt: ein Ausweis, den alle europäischen Staaten anstreben und zu behalten trachten.»

### Menschenrechte und Grundfreiheiten

Souveränitätspolitische Gedanken leiteten auch Dr. Gerard Batliner, der als Landtagspräsident 1975 bei der Erlangung des Beobachter-Status in der Parlamentarischen Versammlung erklärte: «Die Erfahrungen, die wir in den vergangenen Jahren bei Ihnen sammeln konnten, haben uns darin bestärkt, dass ein Staat von der Grössenordnung Liechtensteins sich in besonderer Weise identifizieren kann mit überragenden Zielsetzungen des Europarates wie: die Gewährleistung der Menschenrechte und der

Grundfreiheiten und die Sicherungen auf dem Gebiete des sozialen Fortschritts, ausgerichtet auf das Wohl, den Schutz und die Würde des Einzelmenschen; die Erhaltung und Förderung der kulturellen Werte; die Verpflichtung zu einem gewaltlosen Zusammenleben und die Vor-

herrschaft des Rechtes im Interesse des Friedens. Denn naturgemäss steht im kleineren demokratischen Rechtsstaat die Bedeutung des Einzelmenschen leichter im Vordergrund. In einer überschaubaren Ordnung sind die Mitgestaltungsmöglichkeiten des Individuums beson-

ders ausgeprägt. Die Gewalt der kleinen Staaten nach innen und nach aussen ist zwangsläufig begrenzt; daher sind sie wesentlich an einer dem Gewaltverzicht verpflichteten freiheitlichen Ordnung des Friedens und der Vorherrschaft des Rechtes interessiert.»

### Vom Enthusiasmus zur Routine

Vieles von dem, was damals – vor zehn oder fünfzehn Jahren – noch zu enthusiastischen Betrachtungen herausforderte, ist heute zur Routine geworden. Unsere Delegierten arbeiten heute in der Vollversammlung wie in den Ausschüssen als gleichberechtigte Partner mit, leiten Sitzungen, verfassen Berichte und stellen Anträge. Mit der Routine aber ist auch eine gewisse Abstumpfung verbunden, die sich teilweise in Desinteresse zeigt: Desinteresse von Seiten der Bevölkerung, die das Engagement Liechtensteins im Europarat nur teilweise mit dem nötigen Respekt würdigt – Desinteresse aber auch von Seiten des Landtags, der die Arbeit der Delegierten nur am Rande zur Kenntnis nimmt. Im Gegensatz zum früheren Enthusiasmus steht in diesem Zusammenhang der Beschluss des Landtags, künftig stellvertretende Abgeordnete wohl noch nach Strassburg zu entsenden, auf ihre Mitarbeit in irgendeiner parlamentarischen Kommission jedoch zu verzichten. Deutlicher hätte ein Akzent zur Bewertung des Stellenwertes kaum gesetzt werden können. (G.M.)

## Budget 1989: Personalaufwendungen steigen an

Der Voranschlag für das nächste Jahr sieht Personalkosten von 60,7 Millionen Franken vor

(G.M.) – Der Voranschlag 1989, wie er von der Regierung vorgestellt wurde, sieht in der laufenden Haushaltsrechnung Aufwendungen von 269,9 (260,4) Millionen Franken vor. Der Personalaufwand ist mit 60,7 (57,7) Millionen Franken budgetiert, was im Vergleich zum Budget des laufenden Jahres einer Zunahme um 5,1 Prozent entspricht. Die Personalaufwendungen steigen damit prozentual stärker an als der Gesamtaufwand des laufenden Haushaltes, der eine Zuwachsrate von 3,6 Prozent aufweisen wird.

Der Personalaufwand umfasst die Besoldung des Verwaltungs-, Gerichts- und Regiepersonals, die Aufwendungen für die Gehaltsbezüge im Post- und Fernmeldebereich sowie die Entschädigungen der Lehrpersonen an den Landesschulen mit Einschluss der Sozialbeiträge, Taggelder und Nebenbezüge. Der Mehraufwand gegenüber dem laufenden Jahr, der mit gut 2,9 Millionen Franken beziffert wird, ergibt sich vor allem durch erhöhte Personalkosten im Post- und Fernmeldebereich, die 1,1 Millionen Franken ausma-

chen. Nach Angaben der Regierung wirken sich die teuerungsbedingten Gehaltsanpassungen, die neue Ämterklassifikation und die Herbstzulage auf das Wachstum aus. Weitere 420 000 Franken beansprucht die vom Landtag genehmigte Teuerungszulage von 3 Prozent mit Beginn ab 1. Januar 1989. Für reglementarische Gehaltsvorrückungen werden Mehraufwendungen von 240 000 Franken wirksam, für Aushilfen und Teilzeitangestellte werden Mehrkosten von 190 000 Franken budgetiert.

### Verschiedene Neueinstellungen

Die Neueinstellung von Lehrpersonen verursacht Mehrkosten von 380 000 Franken gegenüber dem laufenden Jahr, für die Neueinstellungen in der Landesverwaltung rechnet die Regierung mit 800 000 Franken zusätzlichen Aufwendungen. In diesem Betrag sind, schreibt die Regierung in ihrem Budgetantrag an den Landtag, die voraussichtlichen Kosten enthalten für die Neueinstellung eines diplomatischen Mitarbeiters beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten,

für die Schaffung von zusätzlichen Stellen beim Fürsorgeamt und beim Jugendamt, die Anstellung von zwei Forstwarten beim Landesforstamt und seinen Aussenbetrieben, die Neueinstellung eines Mitarbeiters beim Amt für Personal und Organisation, die Anstellung von Teilzeit-Mitarbeitern bei der Stabstelle Protokoll sowie beim Presse- und Informationsamt, die Anstellung eines Werkstättenleiters für die Oberschule als Halbtragsauftrag sowie die Anstellung eines Revisionsbeamten bei der Steuerverwaltung. Ferner wirken sich die Kosten für die Ausbildung von fünf Polizisten und die Schaffung einer Verwalterstelle bei der Musikschule aus.

Die Personalkosten von 60,7 Millionen Franken teilen sich in die verschiedenen Verwaltungsbereiche auf. An der Spitze der Kostenskala steht das Bildungswesen mit 17,3 (16,6) Millionen Franken, gefolgt von der allgemeinen Verwaltung mit 12,2 (12,0) Millionen Franken und dem PTT-Sektor mit 11,2 (10,1) Millionen Franken.

## KOMMENTAR

Die Regierung legte erneut ein Budget vor, das zwar ein kleines Defizit veranschlagt, doch in Wirklichkeit praktisch einem ausgeglichenen Landesvoranschlag gleichkommt.

Die gute Situation der Staatsfinanzen, wie sie sich in dieser einfachen Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen darstellt, steht in Übereinstimmung mit der Wirtschaftslage, die nach dem Rechenschaftsbericht 1987 der Regierung mit einer «stetigen Aufwärtsbewegung» gekennzeichnet ist. Die «gute Wirtschaftslage», so die Regierung, äussere sich «in allen Branchen», ein «stetig anhaltender Aufschwung» kennzeichne die Situation «in allen Wirtschaftssektoren».

Grund genug also für den Staat, sich ebenfalls von der besten Seite zu zeigen. Bei näherem Hinsehen jedoch wird er-

### An die Reserven

kennbar, dass sich das Budget 1989 eher durch ein «antizyklisches» Verhalten auszeichnet. In einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs, in einer Zeit der stetigen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft legt die Regierung ein Budget vor, das nicht die Reserven weiter öffnet, sondern einen erheblichen Abbau der in den Fonds eingelegten Reserven vornimmt. Rund 30 Millionen Franken sollen im nächsten Jahr aus den Fondsreserven netto entnommen werden, um den Staatshaushalt ausgeglichen zu gestalten.

Da sich die Landesvoranschläge jeweils durch eine vorsichtige Budgetierung auszeichnen, ist damit zu rechnen, dass nicht der volle Betrag aus den Reserven entnommen werden muss, doch eine Richtung zeigt diese Art von Finanzpolitik doch an. Wenn in einer Zeit der Hochkonjunktur auf die Reserven zurückgegriffen werden muss, stellt sich die Frage, was in einer Zeit getan wird, wenn die Wirtschaft vielleicht nicht mehr im heutigen Ausmass floriert. In wirtschaftlich schlechten Zeiten können wohl keine Reserven mehr angelegt werden, und wenn die Reserven heute zum Einsatz gelangen, dann fehlen sie später. Zwar sind derzeit rund 150 Millionen Franken an Fondsreserven vorhanden – doch allein die laufende Haushaltsrechnung für das nächste Jahr rechnet mit Ausgaben von 306 Millionen Franken. Mehr als ein halbes Budget steht nicht zur Verfügung. (G.M.)

## 1903 Unterschriften für FL-Initiative

Die Initiative der «Freien Liste», die das Referendum über Staatsverträge in der Fassung verankern möchte, ist zustande gekommen. Bei der Regierungskanzlei wurden 1903 Unterschriften abgegeben. Nach der Initiative soll über Staatsverträge abgestimmt werden können, wenn wenigstens 1000 Stimmberechtigte oder drei Gemeinden eine Abstimmung verlangen. Dem Referendum unterstehen sollen Staatsverträge, die unkündbar oder unbefristet sind, der Beitritt zu Organisationen kollektiver Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften oder Verträge, die «schwerwiegende ökologische Eingriffe nach sich ziehen.»

## Seniorenachmittag: Unvergessliches Erlebnis

Gemütliche Atmosphäre im vollbesetzten Maurer Gemeindesaal – Gute Laune und fröhliche Stimmung

Der FBP-Seniorentag wurde am vergangenen Sonntag nachmittag im herrlich dekorierten Gemeindesaal Mauren erneut zu einem Anlass, der von einer hervorragenden Stimmung und gemühter Atmosphäre geprägt war. Für die Hin- und Rückfahrten der Seniorinnen und Senioren aus allen Gemeinden war vorbildlicherweise die Junge FBP besorgt, die einen tadellosen Taxidienst organisierte. So war es nicht verwunderlich, dass den eingeladenen Gästen die gute Laune und Fröhlichkeit im Gesicht geschrieben stand. Der vollbesetzte Saal war wieder einmal ein deutliches Zeichen, dass dieser Anlass bei den älteren Leuten unseres Landes sehr beliebt ist. Ein grosses Dankeschön ist an dieser Stelle an die «Frauen in der FBP» zu richten, die mit Freude um das Wohl der zahlreichen Gäste besorgt waren.



Fröhliche Stimmung und gute Laune herrschte beim FBP-Seniorenachmittag im Gemeindesaal Mauren am Sonntag. Im schön dekorierten Saal wurde für das leibliche Wohl gesorgt, mit Gesang und anderen Darbietungen ein abwechslungsreiches Programm geboten. (Bild: Beat Schurte)

Bildimpressionen vom Seniorentag im Innern der heutigen Ausgabe.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell – frisch und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Schöner arbeiten mit LISTA

Center

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT  
NEUBAU, FL-9495 TRIEBEN  
TELEFON 078/2 83 77